Nach Möglichkeit sollte eine solche Vollmacht den Vertreter berechtigen oder gar verpflichten, mit dem Eigentum des Beschuldigten verbundene Kosten, wie Miete für Wohnung und Garage, Pacht für Grundstücke, Kosten für Energie, Telefon usw. sowie Steuern und anderweitige Kosten zu übernehmen, soweit es dessen oder die finanzielle Lage des Beschuldigten erlauben.

Weiterhin sollte die Vollmacht den Vertreter dazu berechtigen, Verträge des Beschuldigten mit Betrieben, Einrichtungen oder Personen aufzuheben oder zu kündigen. Dies kann sich beispielsweise auf Nutzungsverträge über Kraftfahrzeuge, Grundstücke, Wohnungen, die Kündigung einer vertraglich zwischen dem Beschuldigten und dem Reisebüro der DDR geregelten Urlaubsreise sowie beim Zeitungsvertrieb der Deutschen Post bestellter Zeitschriften usw. beziehen.

Von Fall zu Fall ist zu prüfen, ob zur Regelung bestimmter Fragen vom Beschuldigten Sondervollmachten erstellt werden müssen. Dem Beschuldigten ist zu gewähren, daß er über derartige Probleme mit seinem Vertreter beziehungsweise der bevollmächtigten Person korrespondieren kann.

Das Untersuchungsorgan ist, wie in dieser Arbeit bereits begründet wurde, dafür verantwortlich, daß neben anderem auch die im ZGB verankerten Rechte der Beschuldigten, wie z. B. das Recht auf Kündigungsschutz der Wohnung oder das Erbrecht und andere Rechte gewahrt bleiben. Werden vom Untersuchungsorgan diesbezügliche Rechtsverletzungen durch staatliche Einrichtungen oder Betriebe festgestellt, empfiehlt es sich, den Staatsanwalt hierüber zu informieren, damit dieser auf der Grundlage seiner im Staatsanwaltschaftsgesetz geregelten Befugnisse und Aufgaben zur Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit die Beseitigung oder Wiedergutmachung entstandener Schäden veranlassen kann. Hat ein Beschuldigter mit einer Sparkasse vertraglich vereinbart, daß bestimmte Kosten,

Kopie BStU
AR 8